

GEDANKEN DER LANDESVORSITZENDEN

Ja sind denn schon wieder Wahlen?!

Geht es euch im Moment auch so, dass ihr die Tageszeitung lest, die Landesnachrichten schaut, in den Social-Media-Plattformen – wie Facebook, Instagram oder Twitter – nachseht und überall findet ihr etwas über die Polizei? Und stellt ihr euch dann auch die Frage: Sind denn schon wieder Wahlen?



Sabrina Kunz

Bilder: Michael Rasch

Da wird von den höchsten Einstellungszahlen gesprochen, die es je gegeben hat. So tauschen sich die Parteien öffentlich darüber aus, zu welchem Zeitpunkt es in der Polizei Rheinland-Pfalz den größten Personalkörper gegeben hat. Fast alle Landespolitiker:innen und Parteien bekennen sich zu mehr Wertschätzung, für den

Polizeibereich 10.000 oder mehr Stellen für Polizistinnen und Polizisten schaffen oder Mindeststärken festlegen zu wollen. Die einen sprechen von Mannstärke, die anderen sprechen von Personalstellen und die nächsten sprechen von Vollzeitäquivalenten. Fast alle Landespolitikerinnen und Landespolitiker oder Wahlkandidatinnen und Wahlkandidaten bekennen sich für mehr Wertschätzung und Anerkennung der „Blaulichtfamilie“ gegenüber und viele andere Dinge mehr.

Gerade in den letzten zwölf Monaten erlebten wir eine Mediendarstellung und Öffentlichkeitsarbeit über die Polizei, wie wir sie, außer vielleicht zu Wahlzeiten, so nicht kennen.



Die Wahlprogramme – einst nur auf wenigen Seiten mit polizeilichen Themen gefüllt – können sich nun sprichwörtlich sehen lassen. Dass das so ist, geht insbesondere auch auf unsere Arbeit in den letzten Jahren zurück: Wir haben an allen Sitzungen des Innenausschusses teilgenommen, waren mit allen wesentlichen Innenpolitikerinnen und Innenpolitikern und den Fraktionen im persönlichen und regelmäßigen Austausch, wir haben die Abgeordneten vor ihren Ausschusssitzungen oder den Plenarsitzungen mit GdP-Forderungen und Positionen versorgt oder haben sie unmittelbar vor Beginn der Sitzungen angerufen, wenn es um unsere Themen als Polizeibeschäftigte gegangen ist, und wir scheuen nicht den streitbaren und konstruktiven Dialog mit den regierenden Parteien. Wir haben immer dann, wenn es etwas zu sagen gab und es sich zu sagen lohnte, Pressemeldungen veröffentlicht und uns in den Medien zu Wort gemeldet. Dazu haben wir – vor Corona – Presseabende mit den überregionalen Medien durchgeführt. All das zeigt in den Wahlprogrammen deutlich Wirkung.

Wir haben alle Wahlprogramme einem Faktencheck unterzogen. Wir nehmen in dieser Ausgabe die Wahlprogramme von CDU, SPD, FPD, Grüne, für euch auseinander und schauen uns an, was sie tatsächlich in den nächsten fünf Jahren für die Polizei und uns Beschäftigte tun wollen.

Am Ende des Tages steht die Feststellung: Ja, es sind schon wieder Wahlen. Denn mit dem Thema Innere Sicherheit lässt sich wohl keine Wahl gewinnen, aber in jedem Fall eine Wahl verlieren. Wir hoffen, dass den vielen Worten für und über die Polizei in den nächsten fünf Jahren viele Taten folgen werden. Es wird unser Auftrag als GdP sein, die dann regierenden Fraktionen daran zu messen und dies auch für uns einzufordern und zu erkämpfen.

Wir sind kein Spielball der Politik! Wir brennen und leben aus Überzeugung für einen Beruf, den die Menschen in unserem Land mehr denn je brauchen. Und die GdP hat die Aufgabe dafür zu sorgen, dass die Rahmenbedingungen, unter denen wir dies tun, auch die besten sind. ■



Grafik: Grüne RLP

SPD
RHEINLAND-PFALZ

Grafik: SPD RLP

Grafik: CDU RLP

CDU
RHEINLAND-PFALZ

Freie Demokraten
Rheinland-Pfalz **FDP**

Grafik: FDP RLP



Auswertung der Wahlprogramme

Landtagswahlen 2021: Die Arbeit der GdP der letzten zwei Jahre auf Landes- und auf regionaler Ebene zeigt erste Erfolge.

Wir haben die Wahlprogramme von CDU, SPD, Grünen, FDP und Freien Wählern einem Faktencheck unterzogen. Die wesentlichen Ergebnisse in Form der Gegenüberstellung der GdP-Forderungen zu den Wahlprogrammen der größeren vier dieser fünf Parteien präsentieren wir im Folgenden. Mit Flugblättern haben wir in den letzten Wochen hierzu umfassender informiert (s. auch Flugblatt der JUNGEN GRUPPE [GdP] zum „Job-Rad“).

Auf den ersten Blick lässt sich feststellen, dass die Innere Sicherheit – und somit auch ganz wesentlich die Polizei – ein Wahlkampfthema ist. Wir schauen mit euch hinter die Kulissen und betrachten mit dieser Ausgabe vier der insgesamt fünf Blöcke unserer Kampagne „Leidenschaft für mehr“. Dies wären: Personal, Geld, Zeit und Sicherheit. Dabei stellen wir die Inhalte der Wahlprogramme unseren Forderungen gegenüber.

Personal

Was fordert die GdP?

10.000 Vollzeitstellen für Polizistinnen und Polizisten für den Bereich der Schutz- und Kriminalpolizei. Es fehlen ca. 700 Vollzeitstellen bei der Schutz- und ca. 400 Vollzeitstellen bei der Kriminalpolizei, die es aufzufangen gilt. Zudem fordert die GdP eine Entlastung durch die Einstellung von

Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten. Diese müssen in den nächsten fünf Jahren auf mindestens 700 Vollzeitstellen mehr anwachsen.

Grüne

Die Grünen wollen das Polizeipersonal nachhaltig aufstocken. Dazu wollen sie Mindeststärken an Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und eine wissenschaftlich fundierte, langfristige Gesamtpersonalplanung. Zudem soll das Stellenprofil des Bezirksbeamten ausgebaut und je Polizeipräsidium ein Integrationsbeauftragter benannt werden. Zu guter Letzt streben die Grünen die bauliche und technische Erweiterung von Dienststellen an, sodass sie vorübergehend abgeschlossen werden können. Dabei soll es jedoch nicht zur Verringerung von Dienststärken kommen.

SPD

Die SPD setzt auf einen Ausbau der polizeilichen Präsenz in der Fläche und für die Strafverfolgung im Netz. Dazu wollen sie mit den weiterhin hohen Einstellungszahlen von jährlich 500 neuen Anwärtinnen und Anwärtern bis 2024 10.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte einstellen. Es ist von Köpfen auszugehen. Zudem sollen jährlich 75 neue Spezialistinnen und Spezialisten, Verwaltungs- und Tarifkräfte eingestellt werden, um die Polizeibe-

amtinnen und Polizeibeamten von ihren Kernaufgaben zu entlasten. Im Wahlprogramm wird deutlich betont, dass die SPD keine Polizeiinspektionen und Polizeiweihen schließen wird. Zudem sollen auch weiterhin in einem dualen Studiengang und einem Fortbildungsprogramm eigene IT-Fachkräfte und IT-Kriminalisten ausgebildet werden. Die Kriminalpolizei soll personell gestärkt werden.

CDU

10.000 Vollzeitstellen für Polizistinnen und Polizisten strebt die CDU bis 2026 an, was mit 600 Neueinstellungen im Jahr erreicht werden soll. Zudem sollen zusätzliche IT-Spezialisten eingestellt und beim LKA angegliedert werden. Darüber hinaus soll es auch zusätzliche Dozentinnen- und Dozentstellen geben.

FDP

Die FDP im Land strebt einen Personalkörper von 10.000 Vollzeitstellen an und lässt die Frage unbeantwortet, um welche Vollzeitstellen es sich dabei handelt. Darüber hinaus präsentiert sich die FDP als streitbar in Bezug auf eine langfristig angelegte Ausbildung von Spezialistinnen und Spezialisten im Bereich der Internet- und Wirtschaftskriminalität.

Geld

Was fordert die GdP?

Neben gerechten und zukunftsfähigen Tarifabschlüssen in der Legislaturperiode strebt die GdP langfristig einen modernen, gerechten und zukunftsfähigen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst an. Darüber hinaus muss die Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beam-

tinnen und Beamten wieder gesetzlich fixiert werden. Zur konsequenten Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn fordert die GdP die A 10 als Einstiegsamt, mindestens jedoch die Regelbeförderung und zudem eine Regelbeförderung nach A 11. Zur Gewährleistung der Lohngerechtigkeit setzt die GdP sich dafür ein, dass so viele Planstellen nach A 12 und A 13 geschaffen werden, dass auch alle, die eine entsprechende Funktion innehaben, eine realistische Chance haben, nach dem Ablauf der Probezeit nach Funktionsübertragung auch befördert zu werden. Im Bereich der Zulagen fordert die GdP eine Modernisierung und Überarbeitung des Zulagenwesens. Hierzu zählen: Anhebung der Polizeizulage, Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, Entkopplung der Zulagen für den Wechsel- und den Schichtdienst von der Polizeizulage, Anhebung der Beiträge für Dienst zu ungünstigen Zeiten, Schaffung von Belastungszulagen, wie z. B. für die Belastungen in der Bereitschaftspolizei und der Kriminalpolizei.

Grüne

Die Grünen lassen in ihrem Wahlprogramm die Antworten zu diesen Fragen aus.

SPD

Das Wahlprogramm betrachtet in Besoldungsfragen die gesamte Landesverwaltung. In der kommenden Legislaturperiode soll es demnach eine gute Bezahlung im öffentlichen Dienst geben. Zudem soll die Attraktivität weiter hervorgehoben und gesteigert werden. Wie genau dies geschehen soll, wird nicht dargestellt.

CDU

Das Wahlprogramm der CDU präsentiert sich an dieser Stelle auch eher zurückhaltend. In den veröffentlichten Meilensteinen, welche das Wahlprogramm begleiten, wird die CDU im Land konkreter: Einführung der Regelbeförderung nach A 10, Prüfung der Regelbeförderung nach A 11, Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen und Beförderung sowie Bezahlung der Funktionsträger entsprechend ihrer Aufgaben, eine angemessene und im Ländervergleich konkurrenzfähige Alimentation. Zudem setzt sich die CDU für folgende Themen ein: Erhöhung der Polizeizulage, Ruhegehaltsfähigkeit der

Polizeizulage, Dynamisierung der Zulagen (das wird jedoch nicht konkretisiert), Anpassung der „Dienst zu ungünstigen Zeiten“-Zulage auf das Bundesniveau bis 2026; Prüfung, inwieweit die Kürzungen beim Zusammenfallen von verschiedenen Zulagensystemen reduziert oder abgeschafft werden können.

FDP

Auch die FDP hält sich bei all den Fragen zurück und betont lediglich, dass sich ihre Wertschätzung auch im Lohnniveau widerspiegeln muss.

Zeit

Was fordert die GdP?

Wir fordern die Reduzierung der Wochenarbeitszeit, zunächst auf 35 Stunden im Wechselschichtdienst und dann sukzessive auch in anderen besonders belastenden Bereichen, wie z. B. in der Bereitschaftspolizei und in der Kriminalpolizei; vergleichsweise auch die Faktorisierung von Arbeitszeiten. Unter dem Slogan „Lebenszeit gewinnt!“ setzen wir auf Familien- und Lebenszeitmodelle durch den weiteren Ausbau flexibler Arbeitsformen, wie Homeoffice, Telearbeit und mobiles Arbeiten.

Grüne

Die Grünen setzen sich für die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten ein. Mit einem Recht auf alternierendes Homeoffice und mobiles Arbeiten – auch im öffentlichen Dienst – wollen die Grünen eine Entwicklung hin zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung, Souveränität und Flexibilität. Zudem ist ein Kernthema die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

SPD

Die SPD will die nächsten fünf Jahre zu Jahren der Wertschätzung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen. Inwiefern das für die Polizei bzw. den öffentlichen Dienst gilt, ist nicht erkennbar. Sie wollen das Recht auf Homeoffice und auf mobiles Arbeiten um ein Recht auf Feierabend ergänzen. Auch hier bleibt die Frage offen, wie dies für den öffentlichen Dienst oder die Polizei zu sehen ist.

CDU

Die CDU setzt sich für eine Strukturförderung für dezentrales Arbeiten, wie Co-Working-Spaces und für Homeoffice und mobiles Arbeiten ein. Zudem sollen mehr Finanzmittel für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bereitgestellt werden. Ob dies auch für den öffentlichen Dienst gelten soll, bleibt offen.

FDP

Die FDP im Land will strenge Begrenzungen bei der Arbeitszeit lockern, um mehr Flexibilität für die Beschäftigten und Unternehmen zu schaffen. So sollen die Weichen gestellt werden, damit mehr Menschen, insbesondere im öffentlichen Dienst, das Homeoffice nutzen können. Die FDP setzt hierzu insgesamt auf mehr Digitalisierung – auch in der öffentlichen Verwaltung. Auch die FDP bekennt sich deutlich zu einer Fortsetzung der Verbesserung der Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Sicherheit

Was fordert die GdP?

Neben der Einführung einer Freien Heilfürsorge fordert die GdP einen professionellen Umgang mit psychischen Belastungen im Polizeidienst durch die Umsetzung von z. B. regelmäßigen Supervisionen und die Umsetzung gesetzlich verpflichtender Gefährdungsbeurteilungen. Neben einem zeitgemäßen und modernen Fuhrpark für die Schutz- und Kriminalpolizei setzt sich die GdP für eine quantitative und qualitative Schutz-ausstattung bei Schutz- und Kriminalpolizei ein, welche ständig weiterentwickelt werden muss. Zudem fordern wir auch weiterhin mobile Endgeräte für mindestens alle operativen Bereiche, die Beschaffung des DEIG für die Kriminal- und Bereitschaftspolizei und die Bodycam in Wohnungen. Die Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes lehnen wir ab.

Grüne

Die Grünen setzen sich für Supervision, eine Entlastung für die Polizistinnen und Polizisten im Wechselschichtdienst und eine Optimierung des Projekts „Gesünder Arbeiten in der Polizei“ ein, ohne dies konkreter zu formulieren. Zudem wollen sie die Arbeitsbedingungen der Landesbeamten modernisieren und verbessern. Hierzu soll auch eine Wahl-



möglichkeit zwischen der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung im Beamtenverhältnis geschaffen werden. Die Datei „Gewalttäter Sport“ soll abgeschafft, die Onlinedurchsuchung gestrichen werden. Zudem werden die Vorratsdatenspeicherung und die Bodycam in Wohnungen nach wie vor kritisch gesehen. Es wird ein Handlungsbedarf bei der technischen Ausstattung gesehen, ohne diesen zu konkretisieren. Die Grünen setzen sich für ein Landesantidiskriminierungsgesetz ein, welches einzelnen Personen und Verbänden ermöglichen soll, rechtlich gegen Diskriminierung vorzugehen.

SPD

Die SPD will die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Bearbeitung von Straftaten gegen Einsatz- und Rettungskräfte vorantreiben. Um den Belastungen des Polizeidienstes Rechnung zu tragen, sollen gezielte Maßnahmen ergriffen werden. Neben ei-

nem Angebot zur Heilfürsorge als Alternative zur Beihilfe sollen erweiterte Angebote zur Supervision geschaffen werden. Die SPD hat den Einsatz der Bodycam in Wohnungen in das Wahlprogramm aufgenommen. Im Bereich der Ausstattung soll die Dienstwagenflotte des Landes auf alternative Antriebe umgestellt werden. Die Einsatzkräfte sollen auch weiterhin mit moderner Schutzausrüstung und zeitgemäßen Einsatzmitteln ausgestattet werden. Es soll ein Landesgesetz zur Stärkung der Demokratie und Vielfalt geschaffen werden, um ein zugewandtes und diskriminierungsfreies staatliches Handeln zu stärken.

CDU

Zur Bekämpfung von Gewalt gegen Einsatz- und Rettungskräfte sollen bei jeder Staatsanwaltschaft Sonderdezernate geschaffen werden. Die CDU will die Heilfürsorge mit einem Wahlrecht zwischen dieser und der Beihilfe einführen. Im Bereich der Befugnisse will die

CDU eine Ausweitung dieser und der Rechtsgrundlagen. Hierzu zählt auch der Einsatz der Bodycams in Wohnungen und das sog. „Pre-Recording“. Neben der persönlichen Ausstattung mit der Bodycam setzt sich die CDU für die Ausstattung aller operativen Kräfte mit mobilen Endgeräten und mit einem persönlichen Einsatzhelm ein. Die Hubschrauberstaffel und auch die Wasserschutzpolizei sollen mit modernen Führungs- und Einsatzmitteln ausgestattet werden.

FDP

Die FDP äußert sich hier nur ganz allgemein und grundsätzlich und weist darauf hin, dass es ihr Grundsatz ist, der Polizei immer eine moderne technische Ausstattung zu bieten, um mit der rasanten Entwicklung im Bereich von Information, Kommunikation und Digitalisierung Schritt zu halten.

Sabrina Kunz

ANSPRECHSTELLE LSBTI*

Mehr Freistellung

Mit der Zustimmung des Hauptpersonalrates der Polizei ist der Weg geebnet für eine neue Dienstvereinbarung zur Ansprechstelle der Polizei des Landes Rheinland-Pfalz für lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle und intergeschlechtliche Menschen, kurz AS LSBTI*.

Wesentlicher Kern dieser Fortschreibung der Dienstvereinbarung ist die Erhöhung der Freistellung der Kollegin, die aktuell die Ansprechstelle ausfüllt, derzeit PHKin Diana Gläßer, PP Mainz. Hinzu kommt die Verlängerung der Bestellung von drei auf fünf Jahre und eine stärkere Einbindung in ausgewählte Lehrveranstaltungen zum professionellen Umgang mit Vielfalt im Rahmen des Bachelorstudiengangs. Wenn man die Aufgaben der bislang Ansprechperson gleichgeschlechtliche Lebensweise (AGL) – jetzt Ansprechstelle – betrachtet, kommt man schnell

zu der Einsicht, dass mit 10 Prozent der Arbeitszeit wenig zu erreichen ist.

Bereits vor Monaten hatte sich der Vorsitzende des Vereins VelsPol, Dieter Kilian, an die Landesvorsitzende Sabrina Kunz gewandt und auf das Problem aufmerksam gemacht, dass hier Nachholbedarf bestehe. Die GdP steht für eine offene und bunte Polizei und hat sich daher an den Innenminister gewandt und die Forderung unterstützt. Der Verein VelsPol existiert seit 2006 und hat 30 Mitglieder in Rheinland-Pfalz. Der Verein bezeichnet sich als Mitarbeiternetzwerk für Les-



ben und Schwule in der Polizei und arbeitet mit den Polizeigewerkschaften zusammen. Konkret bietet der Verein für lesbische und schwule Polizeibedienstete Gespräche und Erfahrungsaustausch an, Interventionen bei den Behörden, Informationen gegen Benachteiligung und Diskriminierung und eine Zusammenarbeit mit den Ansprechpartnern der Polizei. Öffentlichkeitswirksam wahrnehmbar werden sie z. B. bei der Teilnahme am Christopher Street Day. ■



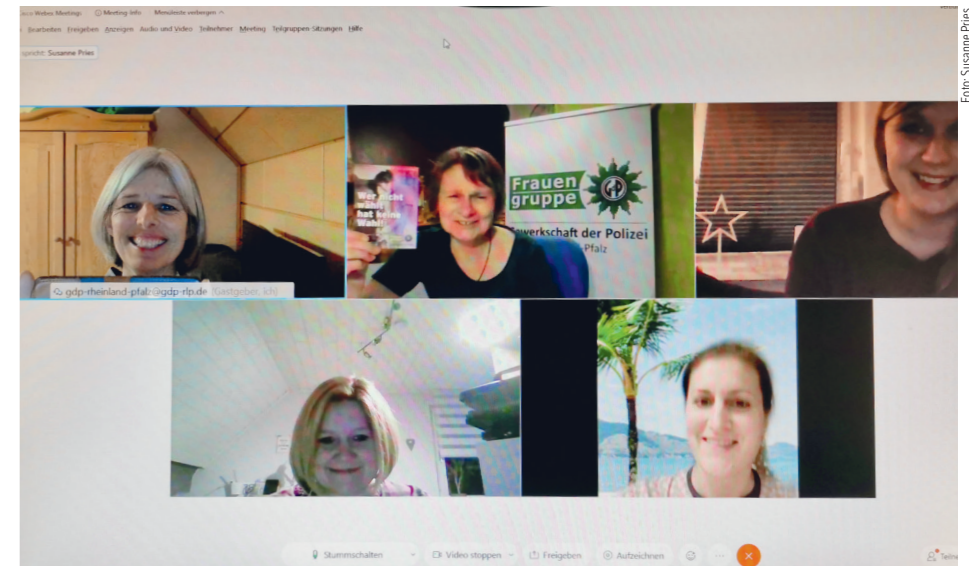
Dieter Kilian und Diana Gläßer an ihrem Stand auf dem Ehrenamstag 2019 in Bad Hönningen.

FRAUENGRUPPE AKTIV

Wählen heißt Mitbestimmen!



Auf allen Listen für die Personalratswahl im Land sind Frauen gut vertreten, und getreu dem Motto „Wer nicht wählt hat keine Wahl“ fordert auch die Frauengruppe nochmal alle Mitglieder auf, sich an den kommenden Personalratswahlen zu beteiligen. Die Vorbereitungen zum anstehenden internationalen Frauentag am 8. März sowie die im Oktober stattfindende Landesfrauenkonferenz fanden pandemiebedingt online statt. ■



Videoschleife am Abend, Sybille Sutter, Susanne Pries, Janina Laddach in der oberen Reihe (vo.li.n.re.), unten die Kolleginnen Angela Gorges und Corinna Schorn und später weitere Frauen sowie Erik Lehnert, der aktuelles aus dem Vorstand berichtete.

UMFRAGE

„Schutzschild und Rückendeckung“

Am 22. November 2020 startete unsere GdP-Werteumfrage. Wir sagen den über 1.300 Teilnehmer*innen ganz herzlich Danke für

Ergebnisse der GdP – Werteumfrage 11/2020

1. Familie
2. Gerechtigkeit
3. Sicherheit
4. Anerkennung
5. Erfolg
6. Selbstbestimmung
7. Toleranz
8. Offenheit
9. Nachhaltigkeit
10. Pflicht



Grafik: Jennifer Otto

die investierte Zeit und die ausführlichen Rückmeldungen in den Freitextfeldern, die wir aufgrund der Bedeutung gesondert aufbereiten. Wir wollen euch mit diesem Flugblatt kurz und knapp die Ergebnisse der Abstimmung mitteilen.

Ihr belegt mit eurer Teilnahme, dass Familie, Gerechtigkeit und Sicherheit in dieser Reihenfolge eure TOP 3 sind. Damit sollen und werden diese Werte auch die Grundpfeiler unserer Arbeit für das Morgen der Polizei in Rheinland-Pfalz sein. Auch die Bereiche **Anerkennung** und **Erfolg** sind für euch sehr wichtig und bilden die Plätze vier und fünf.

Mit dem Delegiertentag 2018 haben wir uns u. a. das Ziel gesetzt, dass wir eine erfolgreiche Organisation mit glücklichen Mitgliedern sein wollen. Hierzu wollen wir die Arbeit unserer Organisation noch transparenter gestalten. Die Einbeziehung eurer Werte ist für uns ein weiterer Schritt in diese Richtung.

Die GdP bringt seit Anbeginn Mensch und Personal weiter. ■



**Gewerkschaft
der Polizei**

Leidenschaft für mehr!

Grafik: Michael Rasch



AUS DEM HAUPTPERSONALRAT (HPRP)

Evaluation GAP nach der Pandemie

Bericht

In der Beförderungsausschreibung wurden die Quoten zu den Beförderungen bis A 11 im Polizeibereich veröffentlicht. Ebenso die Funktionsbindungen für die Besoldungsgruppen A 12 und A 13. In einem weiteren Schreiben wurden die Funktionsbindungen für die A 15 (erstmalig) mitgeteilt. Wer eine solche gebundene Stelle innehat und die Voraussetzungen erfüllt, kann sich nun bewerben.

Weiter soll die Rahmenrichtlinie zur Übernahme von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in den Kriminaldienst überarbeitet werden. Diese stammt aus dem Jahr 2015.

Umfrage zu: Mobiles Arbeiten in der Polizei

Die Nutzer sollen in einer anonymen Umfrage zu den MDM als Arbeitsmittel im alltäglichen Einsatz befragt werden. Welche Anwendungen werden genutzt? ZEVIS, poMes, Kalender u. a., wie stabil sind die Apps und was wünscht man sich zusätzlich? Es können Vorschläge und Verbesserungen eingebracht werden.

Rahmendienstvereinbarung flexible Arbeitsformen

Spätestens seit der Corona-Krise haben sich die Arbeitsformen außerhalb der Behörde als

unersetzlich erwiesen. Mit der RDV Flex wurde für Übersichtlichkeit bei den unterschiedlichen Arbeitsformen gesorgt. Ganz klar ist, dass mit den MDM keine dauerhafte Arbeitsform zu Hause besteht, sondern mit PC und Laptops, iPads usw. Die in diesem Bereich schon lange bekannten RDV alternierende Telearbeit und Mobiles Arbeiten bestehen weiter fort.

Evaluation GAP

In der Vereinbarung zur Einführung der neuen Arbeitszeitmodelle ab dem 1. Januar 2019 wurde eine Evaluation festgelegt. Diese wurde in einem Ausschreibungsverfahren an die Fa. AHAB-Akademie aus Berlin vergeben und die erste Evaluationsrunde war für das Frühjahr 2020 geplant. Hierzu kam es aber wegen Corona nicht. Eine Befragung zu Pandemiezeiten bot sich nicht an, weil die zahlreichen individuellen Umstellungen wegen Krankheit und Aushelfen in anderen Schichten bis hin zum Untersagen der vollflexiblen Systeme eine Vergleichbarkeit der Abfragen unmöglich gemacht hätte. Der Leiter des Instituts AHAB riet hiervon ausdrücklich ab, sodass nun vereinbart wurde, zwei Befragungen durchzuführen und mit der ersten nach dem Ende der Pandemie zu beginnen.

Impfstrategie der Polizei

In einer Besonderen Aufbauorganisation hat und wird die Polizei Rheinland-Pfalz das The-

ma der internen Impfungen aufbereiten. Bei einem Erörterungstermin legen der Leiter dieser BAO, Polizeivizepräsident Andreas Sarter, und Herr IdP Jürgen Schmitt die Gedanken hierzu umfangreich dar, ergänzt um die medizinischen Aspekte von Herrn Dr. Brill. Mit der umfassenden Öffentlichkeitsarbeit sollen möglichst viele Informationen an die Mitarbeiter gelangen, ein Erfolg der AG dürfte die sehr hohe Anmeldezahl zu den Impfungen sein.

VizX2

Zur effektiveren Bekämpfung der Kinderpornografie wurde die Software VizX2 beschafft, um die Daten schneller auswerten zu können. In der RDV werden die Arbeitsabläufe beschrieben bei der Datenaufbereitung von der Sichtung bis zur Löschung der Daten.

Polizeieinsatzleuchte

Für eine Neubeschaffung der Polizeieinsatzleuchte der nächsten Generation mit einer Tragevorrichtung soll eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, die u. a. die Bedürfnisse der Nutzer:innen erhebt. ■

Sabrina Kunz 06131/16-3365
René Klemmer 06131/16-3378
Steffi Loth 06131/16-3379 o. /65-3040
Sven Hummel 06131/16-3380
Ingo Schütte 06131/16-3233 o. /65-3030
Gabriele Schramm 06131/16-3381

Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Stefanie Loth (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
stefanie.loth@gdp.de

DP – Deutsche Polizei
Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
www.gdp-rp.de
gdp-rheinland-pfalz@gdp.de

ISSN 0170-6470

Helmut Conradt, ein Glücksfall für unsere GdP!

Unser Kollege Helmut Conradt ist kurz vor seinem 77. Geburtstag am 17. Januar 2021 von uns gegangen.



Helmut Conradt

Viele Meilensteine auf dem Weg zu einer modernen, zivilen Bürgerpolizei tragen seinen Namen. Über 30 Jahre aktive Gewerkschaftsarbeit, von 1970 bis 2002 im Landesvorstand, seit 1990 als Landesvorsitzender und Bundesvorstandsmitglied. Auf allen Ebenen der Personalvertretung zeigte sich sein erfolgreiches Wirken. Er hat sich prägend für die Vertretung aller Beschäftigten im Polizeidienst eingebracht. Die aktive Mitarbeit im Deutschen Gewerkschaftsbund war ihm ein Herzensanliegen.

Bereits 1969 als Kreisgruppenvorsitzender bei der Bereitschaftspolizei in Wittlich-Wengerohr setzte sich Helmut kritisch mit den noch immer halb-militärischen Ausbildungsmethoden offen und hörbar auseinander.

Alle Reformprozesse auf dem Weg zu einer vom Bürger geschätzten, zivilen Polizei hat er konstruktiv begleitet. Weg von Befehl und Gehorsam, Abbau hierarchischer Strukturen und mehr Eigenverantwortung waren seine Forderungen.

Auch der soziale Aspekt in der Berufsausübung war ein Schwerpunkt seines Handelns: Der Schichtdienst muss so gestaltet sein, dass er nicht ausschließlich auf Kosten der Gesundheit geht. In der Folge ist es ihm gelungen, die 5. Dienstgruppe im Wechselschichtdienst durchzusetzen. Den in den 80er-Jahren begonnenen Weg zu einer besseren Bewertung des Polizeidienstes hat Helmut fortgeführt und erfolgreich durch Ausdauer und Verhandlungsgeschick zum Abschluss gebracht. Das ist ein großer Erfolg mit einer gesellschaftlichen Dimension. Die Einführung der zweigeteilten Laufbahn ging in Erfüllung. Dafür sind wir alle dankbar.

1992/93 engagierte Helmut sich als Hauptpersonalrat im zweiten großen Reformwerk der SPD/FDP-Landesregierung für die grundlegende Modernisierung der Polizeiorganisation.

Der Mensch Helmut Conradt war ein ruhender Pol in unserer gemeinsamen Arbeit. Seine nachhaltige Verfolgung gemeinsamer Ziele, die Fähigkeit, sich mit Gegenargumenten auseinanderzusetzen, haben den Umgang im Team geprägt.

Er war ein Gewinn für die Gewerkschaft der Polizei und wird in der Geschichte unserer Organisation einen festen Platz haben.

Für seine herausragenden Verdienste und seinen Einsatz für die gesellschaftliche Anerkennung des Polizeiberufs zeichnete ihn Bundespräsident Johannes Rau mit dem Verdienstorden der Bundesrepu-



blik Deutschland aus. Er wurde überreicht von Innenminister Walter Zuber.

Wir als seine Wegbegleiter über Jahrzehnte trauern mit der Familie und werden sein Andenken in herzlicher Verbundenheit bewahren.

Um es mit Helmut's Worten zu sagen: „Wir stehen auf deinen Schultern.“

**Hermann Lutz,
Ernst Scharbach,
Thomas Will**





Sterbefälle

Willi Boywidt
KG PD Neustadt, 74 Jahre
Helmut Conradt,
KG Vorderpfalz, 76 Jahre

Herbert Klein,
KG Neuwied/Altenkirchen, 69 Jahre
Hans-Joachim Schneider,
KG PP Westpfalz, 76 Jahre
Elke Blumenhagen,
KG PD Worms, 67 Jahre



Geburtstage

70 Jahre

Regina Funke, KG PD Pirmasens
Bernd Römer, KG Vorderpfalz
Alfred Schuh, KG LKA

75 Jahre

Manfred Ullrich, KG Südpfalz
Gernot Koch, KG PP ELT WSP

80 Jahre

Dieter Rick, KG HdP

Ruheständler

Hans-Ludwig Steigner, KG PD Pirmasens
Dietmar Jacobs, KG PD Neustadt
Werner Ratheiser, KG PD Neustadt
(bereits seit 2017)
Horst Jungblut, KG Rhein-Nahe

Abschied



Elke Blumenhagen

In großer Trauer nehmen wir Abschied von unserer Kollegin Elke Blumenhagen.

Elke arbeitete von 1995 bis 2013 als Sekretärin in der Geschäftsstelle der GdP. Ihre fürsorgliche Hilfsbereitschaft und ihr gewerkschaftliches und soziales Engagement sind unvergessen.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Das Team der Geschäftsstelle

KREISGRUPPE PD WORMS

Stefan Dommermuth verabschiedet – KG Worms hat neuen Vorstand

Stefan Dommermuth trat nach zehn Jahren Vorsitz nicht mehr zur Wiederwahl an, die Mitgliederzahlen sind stabil, die Kreisgruppe aktiv und René Klemmer und Ingo Schütte hatten viel zu berichten! Jetzt ist Mario Bogner am Zug, er wird mit dem Team in die Personalratswahlen ziehen und für gute Arbeitsbedingungen kämpfen.

René Klemmer ehrte eine große Anzahl von Jubilaren für 25, 40 und 60 Jahre Mitgliedschaft, auch der ehemalige Vorsitzende war für 40 Jahre zu ehren. ■



Geht in den wohlverdienten Ruhestand: Stefan Dommermuth.

BUCHTIPP

Abtauchen in die gute alte Zeit!

Erleben Sie einen spannenden Krimi mit heimischen Kolorit und Bezug zur Polizei in die wilhelminische Zeit.



Im Sog des

Mahlstroms

Es ist die Geschichte des Rhein-Fischers Josef und des Fischgroßhändlers Johann. Aus einem kleinen Missgeschick, das Johann aus Scham dem Josef unterschiebt, entwickelt sich zwischen beiden letztlich ein Kampf um Leben und Tod. Intrigant und durchtrieben richtet Johann zuerst die Jugendliebe von Josef, Käthe, gesellschaftlich zu Grunde. Dann stellt er seinem nach dem Leben. Bei dieser Zeit-Reise ins letzte Jahrhundert werden vor rheinischer Kulisse die menschlichen Abgründe des Psychopathen Johann offengelegt. Er führt hinter seiner großbürgerlichen Fassade ein perfides Doppelleben. Die Leserschaft sieht sich konfrontiert mit dem damaligen Frauenbild und dem aufziehenden Weltkrieg. Bildgewaltig werden die Handlungsstränge zu einem packenden Thriller eigener Art verwoben.“

Nur bei Amazon erhältlich!